№ 469
A 197

Morgen-Ausgabe

Berlin

Mittwoch, 4. Oktober 1922

Vossische Zeitung

Begründet 1704

8 Mark

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Kunstdruck-Beilage „Zeitbilder". Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt, Kurszettel der Berliner Börse und amerikanischem Funkdienst, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Turnen-Sport-Spiel, Für Reise und Wanderung.

Durch eigene Boten und durch die Post monatlich 250 Mark; unter Streifband 370 Mark im Inland, 500 Mark nach dem Ausland. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streiks, kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigen: Zeile 60 Mark. Familienanzeigen 22 Mark netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmte Nummer.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Elbau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff 3600 — 3663; für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686 — 3695. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Die Konferenz von Mudania.

Teilnahme Franklin Bouillons.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

wi **Paris**, 3. Oktober.

An französischer amtlicher Stelle war bis heute abend noch keine Meldung über die Konferenz von Mudania eingelaufen. Man nimmt an, daß die Beratungen heute vormittag, wie es vorgesehen war, begonnen haben. Nach einer Agenturmeldung aus Konstantinopel nimmt auch Franklin Bouillon an der Konferenz teil. Der Quai d'Orsay hat bis jetzt keine Bestätigung dieser Nachricht erhalten, bezeichnet sie aber als „sehr wahrscheinlich". Es wird bestätigt, daß die provisorische Regierung in Athen General Mazarakis nach Mudania entsandt hat. Die Teilnahme des griechischen Delegierten an der Konferenz wird hier als ein günstiges Symptom aufgefaßt. Man schließt daraus, daß England eine glatte Regelung der thrazischen Räumungsfrage wünscht.

Nach einer Meldung aus Athen haben die Gesandten der verbündeten Großmächte dort einen Schritt unternommen, um die Regierung auf die wachsende Zuchtlosigkeit der griechischen Truppen in Thrazien aufmerksam zu machen und Abhilfe zu fordern. Dieser Schritt war veranlaßt durch einen Protest der Angora-Regierung bei den verbündeten Kommissaren in Konstantinopel. Die Athener Regierung hat einen Obersten nach Thrazien entsandt, um dort eine Untersuchung vornehmen zu lassen.

Zur Frage der neutralen Zone bei Tschanak meldet ein Konstantinopeler Reuter-Telegramm wörtlich:

„Da die Frage der neutralen Zone seit der Zurückziehung der französischen und italienischen Truppen mehr und mehr ausschließlich englische Frage geworden ist, wurde bei der gestrigen Zusammenkunft der verbündeten Kommissare die Frage aufgeworfen, ob die französischen und italienischen Generale an den Verhandlungen in Mudania teilnehmen sollen. General Harrington hat geantwortet, ihre Mitarbeit sei ihm willkommen. Er hat hinzugefügt, die Zusicherung ihrer Unterstützung sei für ihn sehr wertvoll."

Die „Kommunistische Internationale" bemerkt zu dieser Reutermeldung, nach der englischen Anschauung sei General Harrington als Oberbefehlshaber im Orient mit zwei Untergebenen, nämlich dem französischen und italienischen General, nach Mudania gefahren, um dort mit dem Delegierten Mustapha Kemal Paschas zu konferieren. Es nehme sich angesichts dieser englischen Anschauung wahrhaft komisch aus, daß französische Regierungsblätter verkündeten, der englische Delegierte sei angewiesen worden, die Auffassung seines französischen und italienischen Kollegen anzunehmen.

Die „Liberté" erklärt in Betrachtungen zur Konferenz in Mudania, der Optimismus, mit dem diese Zusammenkunft von Frankreich begrüßt worden war, erscheine berechtigt. Man darf aber natürlich nicht verlangen, daß die orientalische Frage, die Europa seit 200 Jahren beschäftige, in Mudania gelöst wird. Vor allem dürfe man nicht vergessen, daß eine endgültige Regelung unmöglich sei, solange Rußland nicht mitreden könne. Das „Journal des Debats" hofft, daß durch die Besprechungen von Mudania der Ausbruch von Feindseligkeiten wenigstens bis zur Friedenskonferenz vermieden wird. Die Aussichten für einen Erfolg dieser Konferenz beurteilt das Blatt einstweilen aber pessimistisch. Es meint, man könne ziemlich sicher annehmen, daß die türkische Antwort auf die Note der Großmächte vom 23. September unannehmbare Forderungen enthalten wird. Frankreich müsse sich bemühen, eine Verständigung mit England über eine gemeinsame Politik des Orients und Okzidents zu erreichen.

Diese Anspielung des „Journal des Debats" auf den Gedanken einer die orientalen und kontinentalen Fragen Europas umfassenden Verständigung zwischen Frankreich und England ist doppelt beachtenswert, nachdem „Daily Chronicle", Lloyd Georges Organ, heute morgen betont hat, daß England, Frankreich und Italien ein großes Interesse an einer endgültigen Regelung der Orientfrage haben, und daß diese Regelung auf „die Politik und die Wirtschaftslage jedes der drei Länder in Europa günstig zurückwirken würde".

Harringtons Aufgabe.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

c **London**, 3. Oktober.

An englischen offiziellen Stellen wird heute erklärt, daß die Zusammenziehung der türkischen Infanterie an Stelle von Kavallerie in der Gegend von Ismid andauert. Aber man glaubt, daß es General Harrington auf der Konferenz von Mudania gelingen wird, die Türken zu überzeugen, daß es das Beste sei, die neutrale Zone von Tschanak zu räumen. Man glaubt ebenfalls, daß General Harrington es ebenfalls durchsetzen wird, die bisherige Bedrohung Konstantinopels abzuwenden. Man ist hier der Meinung, daß die Konferenz von Mudania wenigstens zwei Tage dauern wird. Heute morgen haben die Verhandlungen eingesetzt. Die eigentlichen Verhandlungen, so glaubt man, werden morgen zwischen General Harrington und den Türken allein beginnen.

Lloyd George ist immer noch auf dem Lande, aber er hält sich bereit, nach London zurückzukehren und das Kabinett einzuberufen, sobald Meldungen aus Mudania eintreffen, die ihn dazu veranlassen könnten.

Ismed-Paschas Instruktion.

Die Grenzen von 1916.

Smyrna, 3. Oktober. (Havas W. T. B.)

Aus Mudania wird gemeldet, daß General Ismed Pascha gestern abend 10 Uhr in Begleitung seiner Adjutanten in Mudania angekommen ist. Der Presse habe er jede Erklärung verweigert. Der englische, italienische und französische General seien gestern abend in Mudania erwartet worden.

General Ismed Pascha will den Auftrag haben, in Mudania die sofortige Räumung Thraziens und die Festsetzung der Grenzen, so wie sie im Jahre 1916 bestanden, zu verlangen. Ferner werde er fordern, daß die Besetzung Thraziens durch die Alliierten nur eine vorläufige Maßnahme im Hinblick auf die anschließende türkische Besetzung sein solle, und daß die notwendigen Vorkehrungen von den Alliierten getroffen würden, um die Deportationen türkischer Staatsangehöriger aus Thrazien im Laufe der Räumung durch die Griechen zu verhindern.

Einige Mitglieder der großen Nationalversammlung von Angora sind nach Mudania gereist, wo sie als Referenten der Konferenz beiwohnen werden.

Konstantinopel, 3. Oktober. (Reuter, W. T. B.)

Die alliierten Generale werden, wie man annimmt, vorschlagen, daß alliierte Kontingente allmählich Thrazien besetzen im gleichen Verhältnis, wie die Griechen es räumen, und daß eine türkische Verwaltung und türkische Gendarmerie eingesetzt werde.

Konstantin in Palermo

Drahtmeldungen der „Vossischen Zeitung".

wi **Paris**, 3. Oktober.

Havas meldet aus Palermo, daß König Konstantin mit Familie und Gefolge dort an Bord des griechischen Kriegsschiffes „Patris", das von dem Torpedoboot „Pergamos" begleitet war, eingetroffen ist.

Venizelos, der heute nach Paris kommen und nachmittags von Poincaré empfangen werden sollte, hat London wider Erwarten nicht verlassen können. Man nimmt in französischen amtlichen Kreisen an, daß Venizelos erst nach Frankreich kommen wird, wenn die provisorische Revolutionsregierung in Athen durch ein verhandlungsfähiges Kabinett ersetzt ist.

c **London**, 3. Oktober.

Venizelos hat seine Abreise aus London noch Paris verschoben und handelt hierals Chef der griechischen Gesandtschaft. Nach seinen langen Besprechungen mit Lord Curzon und Evans, die gestern auf Einladung des britischen Kabinetts stattfanden, begegnet man der Politik Venizelos' in der hiesigen Presse mehr und mehr mit Mißtrauen. Einige Blätter greifen ihn ganz offen an.

*

Die Neuwahlen in Griechenland werden am 13. November stattfinden.

Zusammenkunft Benesch—Schanzer.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

n **Prag**, 3. Oktober.

Ministerpräsident Dr. Benesch wird Ende dieser Woche nach Italien reisen, wo er am 9. Oktober in Venedig mit Schanzer eine Zusammenkunft haben wird. Wie verlautet, soll Benesch diese Zusammenkunft schon vor seiner Abreise aus Genf mit Schanzer vereinbart gehabt haben. Den Hauptgegenstand der Besprechungen wird die österreichische Frage bilden. Auch andere Fragen der mitteleuropäischen Politik sollen dabei zur Besprechung gelangen.

Infolge der Abreise des Ministerpräsidenten wird die Demission des Kabinetts noch heute oder morgen erwartet. Die neue Regierung soll aber erst Ende der Woche bekanntgegeben werden.

Das Gericht.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.

✱ **Leipzig**, 3. Oktober.

Die eigentliche Verhandlung in der Rathenau-Sache hat noch gar nicht begonnen. Einen Sitzungstag haben die Formalien in Anspruch genommen, die sonst vor Gericht in wenigen Minuten erledigt werden, und doch hat sich schon heute mancher Blick in die Seelen der dreizehn Angeklagten und in das Getriebe der „Nationalen" Organisationen tun lassen, die hinter ihnen standen.

Die Frontbank der Verteidigung hat es dem Gericht nicht leicht gemacht, sich auf seine neue Aufgabe einzustellen. So kühl-sachlich der Verhandlungsverlauf abrollte, so stark sind doch die Interessen und Leidenschaften, die sich an dieses erste Verfahren vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik knüpfen. Die schwierigste Aufgabe fällt dabei dem Vorsitzenden zu, dem Senatspräsidenten Dr. Hagens, einem Richter höchsten Ranges von einer feinen, behutsamen Art, die wohl zum erstenmal sich an einer so großen Materie, an der Entwicklung eines Tatbestandes von roher Primitivität, zu erproben hatte. Unser höchster Gerichtshof schult seine Mitglieder mehr in der höchsten Klarheit und Schärfe juristischen Denkens, als in dem Kampf um eine straffe Verhandlungsführung gegen die Taktik von Verteidigern, die außerhalb des Saales liegende Interessen vertreten zu müssen glauben. So robust aber auch der Anwalt des Hauptbeschuldigten Ernst-Werner Techow bei dem Versuch, die Verhandlung auf das tote Gleise der Parteipolitik zu schieben, vorging, so sichtbar war doch auch auf ihn der Eindruck der höflichen Sachlichkeit des Senatspräsidenten Hagens. Nach der Ablehnung der Anträge, die offenkundig den Zweck verfolgten, die Verhandlung und das Urteil von vornherein zu diskreditieren, streckte die Verteidigung zunächst die Waffen eines unsachlichen Kampfes. Das wird gewisse Kreise draußen im Land nicht hindern, den Faden, der so angesponnen wurde, in vergröberter Form weiterzuspinnen, und insbesondere die Erklärung des Senatspräsidenten Hagens vor dem Reichsjustizminister, daß er und die in Betracht kommenden Mitglieder des Reichsgerichts fest auf dem Boden der Republik stehen, zu entstellen und zu mißbrauchen. Als ob es sich bei diesem Schreiben an den Reichsjustizminister, das längst bekannt war, nicht um etwas handelte, das sich von selbst versteht! Oder kann man sich ein Gericht „zum Schutz der Republik" vorstellen, dessen Mitglieder nicht überzeugte Anhänger der herrschenden Staatsform sind? Ebenso haltlos ist der Versuch, die Richter im schwarzen Rock zu diskreditieren, die neben den roten Talaren der Reichsgerichtsräte sitzen. Das Zusammenwirken von Rechtsgelehrten und Laienrichtern, die in diesem Fall gerade wegen ihrer politischen Betätigung als besonders sachverständig gelten können, entspricht im Wesen den Forderungen, die seit langem für die Ausgestaltung des Schwurgerichts erhoben worden sind. Und alle Glieder des Gerichts ohne Ausnahme haben eidlich gelobt, ihre Pflicht zu erfüllen. An diesem Gelübde soll man nicht drehen und nicht deuteln.

Es ist schon gesagt worden, daß die Dreizehn auf der Anklagebank, insbesondere die Haupttäter, den Eindruck minderwertiger Werkzeuge machen. Man sieht deutlich einen Apparat am Werke, dessen einzelne Glieder reibungslos ineinander greifen. Geldmittel, Waffen, Automobile, Verstecke, Adressen sind stets zur Stelle, wenn sie gebraucht werden. Was ist es mit dieser Organisation, von der niemand etwas Genaues wissen will und die hinter all dem steht? Kann man annehmen, daß die Verhandlung Klarheit über dieses Geheimnis schaffen wird? Das ist die Frage, die von entscheidender Bedeutung ist, nicht das Maß und die Verteilung der Einzelschuld auf die Dreizehn, die vor Gericht stehen.

Es sind heute nur die Personalien der Angeklagten festgestellt worden. Aber schon diese Vernehmung hat ergeben, daß die Organisation C sich für alle Fälle bereit hielt. Natürlich zum Schutz der Regierung. Bereit hielt für einen erwarteten „Linksputsch", den Mordtaten, wie die an Rathenau, provozieren sollten. Daß dieser Linksputsch ausblieb, entsprach nicht den Erwartungen der Schützer der Regierung, deren Autorität vielmehr ausreichte, um die ungeheure Gefahr eines Bürgerkrieges im Keim zu ersticken. Diesen Erfolg nennen die Hüter der Staatsautorität eine „Kapitulation vor der Straße".

Eine besondere Stellung unter den Angeklagten nimmt der Kapitänleutnant Karl Tillessen ein. Nicht nur, weil er der Bruder des Heinrich Tillessen ist, dessen Schuld an der Ermordung Erzbergers als erwiesen gelten kann, und nicht nur, weil er auch in den Anschlag gegen Scheidemann verwickelt ist. Die Anklage legt ihm nur Unterlassung der Anzeige zur Last. Er ist also in diesem Prozeß nur eine Nebenfigur. Aber man braucht dieses markierte Gesicht mit der überbetonten Kinnpartie nur anzusehen, um zu erkennen, daß dieser Mann, der Mut, Schlagfertigkeit und Ueberlegung auch in seiner kurzen Aussage beweist, alle übrigen Angeklagten um Haupteslänge überragt. Er betont, daß er trotz körperlichen